

**Am 3. Dezember 1997 beginnt in allen Denner-Filialen
und in den Satelliten die Unterschriftensammlung für die
Volksinitiative für tiefere Spitalkosten**

Jetzt unterschreiben Neue Spitalversicherung für max. Fr.60.– pro Monat

Wieder einmal muss das Volk sein Schicksal selbst in die Hand nehmen und den unfähigen Politikern beweisen, dass das neue Krankenversicherungsgesetz in der heutigen Fassung zu nichts taugt, ausser die bereits bis aufs Blut geschröpften Bürgerinnen und Bürger unseres Landes noch mehr zu plagen. Schluss damit! Und vor allem Schluss mit dem unsinnigen Obligatorium!

Es geht nicht an, dass ein Gesetz die Leute ausnimmt, als ob sie Weihnachtsgänse wären. Die Krankenkassenprämien steigen seit Jahren ins Unendliche und verursachen das Unglück ganzer Familien. Die neue Denner-Initiative will diesem Desaster ein Ende setzen. Obligatorisch wäre bei Annahme durch Volk und Stände der neuen Initiative lediglich noch die Spitalversicherung, und diese würde in der allgemeinen Abteilung für Erwachsene max. 60 Franken pro Monat und für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren 25 Franken pro Monat ausmachen, wohlverstanden ohne jeglichen Selbstbehalt.

Stopp mit der Bevormundung mündiger Bürger

Die Krankenkassen geniessen nach den unzähligen Fusionen und Zusammenschlüssen praktisch eine bevorzugte Monopolstellung. Von der – als es darum ging, das neue Krankenversicherungsgesetz dem Volke unterzubeheln – Konkurrenz unter den Kassen und freier Marktwirtschaft ist weit und breit nichts zu sehen und vor allem nichts zu spüren. Mehr noch, die Krankenkassen sind nicht imstande, ihre Kosten zu senken und dadurch auch die Prämien. Jeder Mann und jede Frau soll selbst entscheiden können, wo und wie hoch er/sie sich versichern will. Dabei muss sich jedermann überlegen, ob er sich auch für Belangloses, finanziell durchaus Verkraftbares innerhalb des Gesundheitswesens versichern will oder nicht. Hierzu ein Beispiel: Eine Lungenentzündung kostet (Arzt und Medikamente) ambulant behandelt ohne Spitalaufenthalt maximal 700 Franken; eine Grippe dementsprechend weniger. Ins Geld geht es erst, wenn man ins Spital eingeliefert wird. Daher:

Weg mit dem unnötigen Obligatorium

Versicherungen sind dazu da, jene Risiken zu decken, deren Kosten man selbst nicht übernehmen kann. Im Gesundheitswesen sind diese immer mit einem Spitalaufenthalt verbunden. Aus die-

sem Grund ist nur die Spitalversicherung als obligatorisch zu erklären. Auch hierzu ein Beispiel: Muss der an Lungenentzündung erkrankte Patient ins Spital eingeliefert werden, so kostet die Krankheit sofort Tausende von Franken. Um diese Kosten zu berappen, sind Versicherungen da. Und sie sind auch und vor allem dazu da, in schweren Krankheits-, Unfall- und Operationsfällen, die chirurgische Eingriffe erfordern, zu bezahlen.

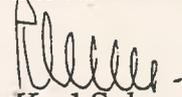
Die Krankenkassen bekommen Konkurrenz – die Prämien fallen

Die neue Denner-Spitalkostenversicherungsinitiative sorgt mit Bestimmtheit dafür, dass selbst die Krankenkassenprämien fallen werden. Auf der einen Seite können sich auch private Gesellschaften am Versicherungsgeschäft beteiligen, und somit würde die freie Marktwirtschaft wirklich ihre Rolle spielen können, und die Konkurrenzsituation wäre endgültig geschaffen, auf der andern Seite hätten die Krankenkassen weniger, nämlich nur 250 Franken pro Tag, den der Patient in der allgemeinen Abteilung im Spital verbringt, den Kantonen zu entrichten. Die Kantone ihrerseits wären verpflichtet, die nötige Bettenzahl zur Verfügung zu halten und für interkantonale Patientenverschiebungen untereinander Abmachungen zu treffen.

Nun liegt es an Ihnen, mit Ihrer Unterschrift dafür zu sorgen, dass endlich einmal im Gesundheitswesen gehandelt statt nur geredet wird.

Unterschriftenbögen für das Volksbegehren für Sie und Ihre Freunde können Sie in allen DENNER-Filialen, in den meisten DENNER-Satelliten-Geschäften sowie in den WARO- und Franz Carl Weber-Geschäften, oder durch Einsendung Ihrer Adresse an die DENNER-Zentrale, Grubenstrasse 10, 8045 Zürich, oder per Telefon bei der DENNER-Zentrale, 01 455 11 11, erhalten.

DENNER AG


Karl Schweri

Während die Krankenversicherungsprämien ständig steigen, reden Parlament und Bundesrat darüber, an welcher Stelle man das total gescheiterte Gesetz flicken soll. Bis heute offenkundig ohne Erfolg. Eine bereits vorliegende, grundlegend neue und wirksame Lösung wird dabei gar nicht erwähnt.

Krankenversicherung: Nach wie vor ein Skandal

Das neue Krankenversicherungsgesetz ist eine Katastrophe. Das wissen inzwischen alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Nur die Berner «classe politique» findet es noch nötig, eine Sondersession einzuberufen, um auf einem defekten Holzbein ein Pflasterli anzubringen, in der irrigen Meinung, dies werde das Volk wohl beruhigen.

Eigentlich ist es eine Frechheit: Vor beinahe einem Jahr ist die DENNER-Volksinitiative zur Senkung der Spitalkosten mit über 106'000 gültigen Unterschriften mündiger Bürgerinnen und Bürger eingereicht worden. Diese würde den Ausstieg aus dem Schlamassel ermöglichen, und zwar aufgrund einer neuen, besseren Lösung für unsere Krankenfürsorge. Doch Parlament und Bundesrat kümmern sich einen alten Hut darum. Das passt zu der Tatsache, dass das Volk schon seit Jahren in Sachen Gesundheitswesen an der Nase herumgeführt wird. Sogar drei Bundesrichter haben öffentlich festgestellt, das Volk sei irreführt worden. Dass die Präsidentin des Nationalrates, Frau NR Trix Heberlein, anlässlich der Sondersession die DENNER «Spitalkosten»-Initiative hätte aufgreifen müssen, liegt auf der Hand. Volksbegehren haben Vorrang. Sie tat es nicht und bewies damit ihr Versagen als Präsidentin. Man wird sich dieser Tatsache im Rahmen der bevorstehenden Wiederwahl im Herbst zu erinnern haben. Bundesrat, Nationalrat und Ständerat haben die Kostenexplosion im Gesundheitswesen offenkundig nicht im Griff. Unsere «Räte» sind in Wahrheit ratlos. Offenbar sind sie auch sehr schlecht orientiert, denn weder Frau Dreifuss noch irgendein Parlamentarier haben in der bisherigen Beratung die hängige DENNER-Initiative auch nur mit einem Wort erwähnt.

Es wird gern über anderes geredet und wenig anderes getan

Statt die schwerwiegenden Probleme unseres Landes zu lösen, zieht es unsere Bundespräsidentin vor, sich eingehend und zeitraubend mit der Balkankrise zu befassen und Flüchtlinge mit einem Privatjet in die Schweiz zu fliegen. Verstehen Sie mich recht: Diesen vielen ärmsten Verfolgten muss grosszügig geholfen werden, vor allem vor Ort. Die spektakuläre Überführung weniger Personen in die Schweiz hilft kaum. Sie dient nach Meinung vieler vor allem anderen Zwecken. Zudem vertreibt sich Frau Dreifuss die Zeit mit Überlegungen, wie man unser Land möglichst schnell und möglichst lange ohne Mitwirkung des Volkes in die EU, in die UNO und in die NATO bringen könnte. Die immensen Kosten, die auf uns zukämen, berühren sie dabei kaum. Wir können uns nur wiederholen und nochmals den Rücktritt unserer Bundespräsidentin fordern. Es ist und bleibt eine Frechheit, dass die Sondersession der eidgenössischen Räte nicht wie vorgesehen dazu diente, das neue Krankenversicherungsgesetz zu «verbessern». Das Geschäft wurde vielmehr mitten in der Beratung abgebrochen und kurzerhand auf den kommenden Juni verschoben. Allein, es war schon immer so: Hat man etwas Dummes angestellt und sollte man es nun «verbessern», so weicht man aus und verschiebt es auf morgen!

Das Problem an der Wurzel packen

Aber auch wenn Bern die Revision des Krankenversicherungsgesetzes jetzt an die Hand genommen hätte, wäre eine gute Lösung aufgrund des bestehenden, völlig verfehlten Erlasses nicht zu finden gewesen. Es bedarf ganz neuer Voraussetzungen. Die DENNER-Initiative geht von solchen aus. Sie gibt den Kantonen Kompetenzen und Verantwortung zurück, sie sorgt dafür, dass die Konkurrenz zwischen den Krankenkassen endlich greift, sie schafft Solida-

rität zwischen den jungen und alten Versicherten und beendet das unnötige und ungerechte Obligatorium.

So kann es nicht weitergehen

Statt in der Welt herumzureisen und zu Lasten der Steuerzahler viel Geld auszugeben, täten die Politiker gut daran, endlich die Probleme anzupacken, welche dem Volk auf den Fingern brennen und hier im Lande gelöst werden müssen. Probleme, die sie zu einem grossen Teil selber geschaffen haben. Gerade das neue Krankenversicherungsgesetz ist hierfür ein Musterbeispiel. Es wurde in grosser Eile und mit falschen Versprechungen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern untergejubelt. Das Volk kann sich aber nicht sofort wehren, weil Volksinitiativen oft willkürlich liegengelassen werden. Ja, wie gesagt: Initiativen werden, obwohl zur Sache gehörend, mitunter in den Beratungen nicht einmal erwähnt! Die DENNER-Initiative wurde im Rat verschwiegen, obwohl sie im Gesundheitswesen für Ordnung und vernünftige Prämien sorgen würde.

Fr. 60.– pro Monat und keinen Rappen mehr

Bei Annahme der DENNER «Spitalkosten»-Initiative könnte die monatliche Krankenversicherungs-Grundprämie für Erwachsene auf 60 Franken und für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren gar auf 25 Franken gesenkt werden. Zudem wären Prämien erhöhungen künftig nur noch im Rahmen der Entwicklung des Teuerungsindex möglich.

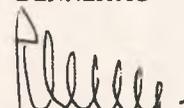
Die gegenüber heute massiv reduzierten Monatsprämien sind möglich, weil künftig nur noch die Spitalkosten obligatorisch versichert werden müssten, die allerdings mehr als die Hälfte aller Gesundheitskosten ausmachen. Die Kantone würden exakt 250 Franken für jeden Tag erhalten, den der Versicherte in der allgemeinen Abteilung eines Spitals verbringt. In diesen 250 Franken sind sämtliche Leistungen des Spitals inbegriffen.

Mit der DENNER-Initiative würde auch der administrative Aufwand auf ein Minimum reduziert. Geldverschwendungen von 1,5 Milliarden Franken pro Jahr, wie sie heute gang und gäbe sind, würden abgeschafft. Eine Computeranlage mit drei bis fünf Angestellten, welche lediglich noch die Anzahl der Patiententage eingeben müssten, würde genügen.

Wie gesagt, wäre nur noch die Spitalversicherung obligatorisch, weil diese Kosten in der Regel nur schwer oder gar nicht aus dem eigenen Sack berappt werden können. Wer aber wie bisher auch weiterhin seine ambulanten Arztkosten versichert haben möchte, könnte dies mit einer Zusatzversicherung tun, welche etwa 30 bis 40 Franken pro Monat zusätzlich kosten würde. Dabei gälte es für den Versicherten abzuwägen, ob es nicht sogar noch billiger wäre, allfällige ambulante Kosten aus dem eigenen Sack zu bezahlen.

Doch sehr wahrscheinlich hat man in Bern kein Interesse daran, das Volk zu entlasten. Warum würde man sich wohl sonst mit aller Kraft sträuben, die DENNER-Initiative endlich in einer Abstimmung Volk und Ständen zu unterbreiten?

DENNER AG


Karl Schwenk

Das neu gewählte Parlament soll sich nun auf die Socken machen und die DENNER-Spitalkosteninitiative endlich aus der Schublade holen.

Wir fordern nochmals:

ORDNUNG IM KRANKENVERSICHERUNGS- DESASTER!

Es ist einfach unzulässig, dass Volksinitiativen nicht behandelt werden, nur weil sie Bundesrat und Parlament nicht in den Kram passen. Die Krankenkassenprämien steigen und steigen ins Unbezahlbare und niemand scheint etwas Wirksames dagegen tun zu wollen.

Es ist einfach skandalös, was sich die «Classe politique» in Sachen Krankenversicherung alles leistet. Seit über einem Jahr liegen 107'221 gültige Unterschriften in Bern, doch niemand will davon auch nur Kenntnis nehmen. Unsere Politiker tun so, als könnten nur sie für die Probleme der Schweizerinnen und Schweizer angemessene Lösungen finden. Für Vorschläge und Forderungen aus dem Volk sind sie blind und taub. Dafür läuft ihr Mundwerk umso besser.

Taten statt Worte:

Das neue Krankengesetz ist gescheitert. Es hat nicht eines der im Vorfeld der Volksabstimmung von Bundesrätin Dreifuss gesteckten und versprochenen Ziele erreicht. Und nun will man das vermeintlich leichtgläubige Volk mit dem Vorschlag «beruhigen», dass die Prämien unterschiedlich festgesetzt werden könnten, *je nach Einkommen*. Dabei wird verschwiegen, dass weit über die Hälfte der Spitalkosten schon jetzt aus *Steuergeldern* gedeckt werden müssen, aus Steuergeldern, die bereits nach Höhe des Einkommens eines jeden eingezogen werden. Kurz, man möchte die mittleren und grösseren «Verdiener» *verdeckt zweimal schröpfen*.

Es gibt auch keine echte Konkurrenz zwischen den Krankenkassen, die zu einer Verbilligung der Prämien führen müsste. Die Kassen haben sich dank Fusionierungen zu einem wahren Kartell entwickelt und bestimmen heute eigenmächtig die Prämienpolitik und die Leistungen. Wenn das so weiter geht, werden wir bald schon eine Zweiklassenmedizin haben, bei welcher die Minderbemittelten den Kürzeren ziehen werden.

Die Krankenkassen können es sich heute leisten, die Zusatzversicherung zu kündigen, und so kommt es, dass Versicherte, die jahrzehntelang regelmässig und treu Tausende von Franken einbezahlt haben, genau dann, wenn sie Hilfe nötig hätten, plötzlich ohne Schutz dastehen und einen solchen selber suchen müssen.

Nach wie vor schaffen es die Krankenkassen nicht, am Ende des Jahres klare Buchhaltungen vorzulegen und zu sagen, in wievielen Fällen und in welcher Höhe der Staat mit Steuergeldern helfen musste. Kassen werben im Gegenteil damit, dass sie erklären: *Wir garantieren den Versicherungsschutz bezüglich der notwendigen Kosten eines zeitlich unbegrenzten Aufenthaltes in der allgemeinen Abteilung eines öffentlichen Spitals im Wohnkanton*. Stimmt nicht! Denn der weit grössere Teil der Kosten wird aus *Steuergeldern* gedeckt.

Weg mit dem gefährlichen Obligatorium:

Die DENNER-Initiative schafft das allgemeine Obligatorium ab. Nach Annahme des Begehrens durch Volk und Stände wäre nur noch eine Spitalkostenversicherung obligatorisch. Sie würde für Erwachsene auf Fr. 60.– und für Jugendliche unter 18 Jahren auf ganze Fr. 25.– pro Monat zu stehen kommen. Jeder Betroffene könnte dann selber entscheiden, ob er für ein kleines Aufgeld (ca. Fr. 30.– pro Monat) auch die Kosten der «ambulanten Medizin» versichern möchte.

Klare Verhältnisse schaffen!

Die DENNER-Initiative würde den von Bern entmachteten Kantonen das Sagen zurückgeben und die Möglichkeit schaffen, die Spitalkosten wieder besser in den Griff zu bekommen.

Die DENNER-Initiative gehört unverzüglich vor das Volk. Damit Volksinitiativen künftig nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden können, unterstützt die DENNER AG die «6-Monate-Initiative», welche dies verhindert. Sie haben Gelegenheit, das Begehren in jedem DENNER-Geschäft zu unterschreiben.